

Ein attraktives Steuersystem macht Solidarität erst möglich

Unternehmen und einkommensstarke Schichten finanzieren in der Schweiz den Staat

Von Martin Kaiser und Jan Perret-Gentil*

In der Schweiz wird der Staat mehrheitlich von Unternehmen und dem reichsten Fünftel der Bevölkerung finanziert. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse. Kritiker monieren allerdings, die Studie vernachlässige Verteilungsaspekte und unterschlage die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die Autoren des folgenden Beitrages halten diese Argumente für nicht stichhaltig. (Red.)

Eine solidarische Finanzierung des Staates verlangt, so wird gemeinhin angenommen, stark progressive Steuern. Naheliegender scheint auch die These, dass soziale Ungleichheiten in Niedrigsteuerländern zwingend höher sind als in Hochsteuerländern. Mit der Studie «Wer finanziert den Staat in der Schweiz?» hat Economiesuisse diese Thesen widerlegt (vgl. NZZ vom 21. 8. 07). Nach einer systematischen Analyse sämtlicher Staatseinnahmen wurde in der Studie festgehalten, dass das schweizerische Steuersystem ausgeprägt solidarisch ist: Unternehmen und die 20% der Privatpersonen mit den höchsten Einkommen und Vermögen finanzieren den Staat einschliesslich der öffentlichen Sozialversicherungen zu fast 60%. Der Mittelstand und die einkommens- und vermögensschwächeren 20% der Bevölkerung leisten einen Beitrag von 36%.

Die Feststellung, dass mit steigendem Einkommen und Vermögen die Steuer- und Abgabenlast überproportional zunimmt, trifft selbst auf die Mehrwertsteuer zu. Dieser Befund ist bemerkenswert, da gerade Konsumsteuern nicht den Ruf haben, besonders solidarisch zu sein. Die These der «Umverteilung von unten nach oben» konnte bei keiner einzigen Steuer- und Abgabenart bestätigt werden.

Ungerechtfertigte Kritik

Nach der Veröffentlichung der Studie im Spätsommer 2007 wurde vereinzelt kritisiert, die Analyse vernachlässige Verteilungsaspekte: Höhere Einkommen verfügten eben über überproportional höhere Einkommen, grössere Vermögen über überproportional mehr Kapital. Hinzu kam von der SP die Kritik, die Studie unterschlage die ständig «wachsende Kluft zwischen Arm und Reich». Diese Kritikpunkte erweisen sich jedoch als wenig stichhaltig. Während 9% Steuerpflichtige mit den höchsten Einkommen rund 70% zur direkten Bundessteuer beisteuern – bei einem Anteil am gesamten Reineinkommen von 29% –, tragen die untersten 28% der Steuerpflichtigen lediglich 0,4% zum Steuerertrag bei, bei einem Gesamtreineinkommensanteil von rund 4% (siehe Abbildung). Während demnach die obersten Einkommen fast 200-mal mehr zur direkten Bundessteuer beitragen (als die niedrigsten), liegt ihr Anteil am Reinkommen lediglich 8-mal höher. Bei den kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuern kann ein ähnliches Bild ermittelt werden: Sowohl absolut als auch anteilmässig bezahlen die oberen Einkommen und Vermögen in

der Schweiz deutlich mehr Steuern – das Schweizer Steuersystem gewährleistet daher ohne Zweifel ein grosses Mass an Solidarität.

Milde Besteuerung, tiefe Disparitäten

Mit Bezug auf die im internationalen Vergleich noch gegebene Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Steuersystems wird oft ins Feld geführt, der Preis für diese sei eine hohe und steigende Ungleichheit zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten. Ein Blick in die Statistiken zeigt indes, dass diese Behauptung ins Leere greift. Laut einer Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sind die Einkommensunterschiede aus Erwerbstätigkeit in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr tief.

Auch bezüglich der Einkommensverteilung schneidet die Schweiz gut ab, liegt doch der Gini-Index mit 26,7 unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten (30,7); Länder wie Frankreich (27,3), Deutschland (27,7) oder Italien (34,7) weisen hier grössere Unterschiede aus. Auch die populäre These der stärker auseinanderklaffenden Einkommensschere muss kritisch hinterfragt werden. Gemäss der Studie «Finanzielle Situation der privaten Haushalte» des Bundesamts für Statistik ist der Anteil der einkommensstärksten Haushalte am Gesamteinkommen in jüngerer Zeit (1998–2004) zurückgegangen, Einkommensunterschiede haben sich eher ausgeglichen. All diese Zahlen sind ein starkes Indiz dafür, dass ein attraktives Steuersystem, im Zusammenwirken mit anderen standort- und wachstumsrelevanten Faktoren, nicht weniger, sondern mehr Wohlstand schafft, und zwar für alle.

Letztlich beruht der Wohlstand der Schweiz auf dem Wirken von innovativen, wettbewerbsfähigen Unternehmen und leistungsbereiten Privatpersonen. Wenn sich diese Kräfte dank guten Rahmenbedingungen entfalten können und nicht unnötig gehemmt werden, kommt das der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft zugute. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch ein attraktives Steuersystem.

Wettbewerbsfähigkeit zahlt sich aus

Die Umverteilungsstudie von Economiesuisse zieht folgendes Fazit: Ein Steuersystem, das auch für finanzkräftige und vermögende Privatpersonen und international mobile Produktionsfaktoren (Unternehmen und Arbeitskräfte) attraktiv ist, steht nicht im Widerspruch zum Solidaritätsgedanken. Im Gegenteil: Steuerreformen, die der Schweiz bzw. den Kantonen erlauben, im internationalen Steuerwettbewerb an der Spitze mitzuhalten, bringen einen direkten Nutzen auch für jene, die nicht direkt davon profitieren.

Die Präsenz von finanzkräftigen Unternehmen und Privatpersonen in der Schweiz entlastet den Mittelstand und die unteren Einkommen. Gerade ein ausgebauter Sozialstaat ist auf die Finanzierung durch «Reiche und Unternehmen» angewiesen. Diese Erkenntnis ist für die Steuerpolitik der Schweiz ernst zu nehmen – gerade mit Blick auf die hohe Mobilität von internationalem

Kapital und dem harten Wettbewerb darum. Steuerliche Attraktivität macht Solidarität erst möglich. Die Schweiz tut deshalb gut daran, die Verbesserung des Steuersystems als Daueraufgabe zu betrachten. Stillstand bedeutet Rückschritt. Das haben längst auch viele konkurrierende Standorte erkannt.

Ausgabenanalyse noch ausstehend

Die Economiesuisse-Studie hat erste wichtige Einsichten in die Finanzflüsse der Staatstätigkeit gebracht. Eine umfassende Beurteilung der Umverteilung in der Schweiz wird möglich sein, wenn auch die Leistungsseite, d. h. die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Aufgabenfelder des Staates, ihre Empfänger und Empfängergruppen, analysiert und mit den vorliegenden Ergebnissen zur Finanzierung in Verbindung gebracht wird. Dass sich dabei der Eindruck der ausgeprägten «staatlichen» Solidarität noch akzentuieren dürfte, erscheint nicht unplausibel.

* Martin Kaiser ist Mitglied der Geschäftsleitung, Jan Perret-Gentil wissenschaftlicher Mitarbeiter der Economiesuisse.